

Der Wahlschwindel der SPD:

**Vorher:
Kein Bündnis mit den Grünen**

**Nachher:
Freie Fahrt für rot-grün**

In Rheinland-Pfalz, Hessen, Bremen und Schleswig-Holstein stehen in diesem Jahr Landtagswahlen an. Die eigentliche Entscheidungsfrage dieser Wahlen bleibt die gleiche wie bei der Bundestagswahl: Es geht auch in den Ländern um die Entscheidung zwischen der zukunftsorientierten Politik der CDU und dem rot-grünen Rückfall in die Krisen der siebziger Jahre. Gleichzeitig geht es aber auch darum, ob die erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl ohne Abstriche fortgeführt wird, oder ob eine rot-grüne Mehrheit im Bundesrat die Regierungspolitik blockieren kann.

Das Chamäleon wechselt die Farbe

Die Entwicklungen in der SPD nach der Bundestagswahl 1987 zeigen: Die Sozialdemokraten haben alle jene Wähler getäuscht, die ihnen im Vertrauen auf die Zusagen Raus ihre Stimmen gegeben haben. Rau war nur Zählkandidat und Gallionsfigur; das Wahlziel „eigene Mehrheit ohne die Grünen“ war ausschließlich taktisch. Die SPD öffnet sich programmatisch und personell einer politischen Zusammenarbeit mit den Grünen. Unabhängig von den aktuellen Koalitionsproblemen in Hessen soll das „Modell Börner“ bundesweit durchgesetzt werden. Die SPD gleicht einem Chamäleon, das seine Farbe derzeit von rot nach grün wechselt.

Immer offener steuert die SPD das Bündnis mit den Grünen an und verschafft damit deren zentralen Programm punkten

- Schwächung der Industriegesellschaft mit allen negativen Konsequenzen für die Arbeitnehmer,
- Schwächung des westlichen Bündnisses und
- Schwächung der inneren Sicherheit

breitere Unterstützung. Die SPD bietet ihre Hand für eine radikale grüne Bewegung, die sich von Gewalt nicht eindeutig distanziert. Die SPD ist drauf und dran, in das grüne Randgruppenmilieu abzugeleiten und ihre Tradition im demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu verdrängen.

Der Politologe Prof. Alfred Grosser urteilt:

„Was ist die SPD heute in den neuen Industrien? Sie ist die Verneinung des technologischen Fortschritts. Sie wird es mehr, wenn sie sich mit den Grünen verbündet.“ (RTL, „Nachgefragt: Politik aus erster Hand“, 1. Februar 1987)

Die SPD vor der Bundestagswahl

Vor der Bundestagswahl versuchte die SPD, ihren rot-grünen Kurs zu vernebeln, um ihre Wähler aus der politischen Mitte nicht zu verschrecken. Im Oktober 1986 hielten nur 41 Prozent der SPD-Wähler die Grünen für die zweitbeste Partei; 35 Prozent stellten die Grünen dagegen an das Ende der Bewertungs-Skala. Unter den Wählern der SPD stieg die Zahl der Befürworter eines rot-grünen Bündnisses bis zum Januar 1987 nur noch gering, nämlich auf 43 Prozent an. (Emnid) Diese gespaltene Haltung in der eigenen Wählerschaft beantwortete die SPD mit einer Wählertäuschung: sie schloß **vor der Wahl** definitiv eine Koalition mit den Grünen aus.

Inhaltlich und personell bereitete sich die SPD aber schon längst auf eine politische Zusammenarbeit mit den Grünen vor. Vor allem der Nürnberger Parteitag (25. bis 29. August 1986) ließ einen erheblichen Linksrutsch der SPD und eine Öffnung für grüne Vorstellungen erkennen:

- *Keine der in Nürnberg beschlossenen Forderungen der SPD zur Außen- und Sicherheitspolitik stimmt mit den Auffassungen des Atlantischen Bündnisses überein.*
- *Mit dem Beschlus zum Ausstieg aus der Kernenergie folgte die SPD nahtlos den Forderungen der Grünen.*
- *Bei den Wahlen zum Parteivorstand setzten sich die Kandidatinnen und Kandidaten des linken Flügels eindrucksvoll durch: Bahr, Matthiesen, Engholm, Lafontaine und Hauff. Die rechten Kandidaten Apel und Roth dagegen mußten Niederlagen hinnehmen.*

In ihren Wahlkampfaussagen jedoch stritt die SPD das Ziel einer politischen Zusammenarbeit mit den Grünen stets ab:

- „*Wir Sozialdemokraten suchen Wählerinnen und Wähler, keine Koalitionspartner.“ (Wahlprogramm)*

- „Ich glaube, daß man mit den Grünen . . . nicht zusammenarbeiten kann . . . Deshalb habe ich . . . gesagt, daß wir für eine Koalition mit den Grünen nicht zur Verfügung stehen, da sind einfach die Ziele unvereinbar. Das gilt in der Sicherheits- und Verteidigungs- und Außenpolitik, das gilt auch in der Industriepolitik.“ (Johannes Rau, SWF, „Heute Mittag“, 16. Juni 1986)
- „Ich will völlig Klarheit darüber . . . schaffen, daß ich keine Chancen für ein Bündnis oder für eine Koalition mit den Grünen sehe.“ (Willy Brandt, DFS, „Brennpunkt“, 12. November 1986)
- Noch vier Wochen vor der Bundestagswahl sagte Rau: „In entscheidenden Fragen der Bundespolitik sind die Grünen nicht reformfähig und nicht vertragsfähig.“ Und zur Verdeutlichung fügte er hinzu, daß ein Bündnis mit den Grünen nicht möglich sei, liege „nicht in der Person oder der Sperrigkeit des Kandidaten, sondern in der Unvereinbarkeit der Programme“. (Zitiert nach Frankfurter Neue Presse, 31. Januar 1987)

Die SPD nach der Bundestagswahl

Bereits am Tag nach der Bundestagswahl waren alle Absagen der SPD an die Grünen nur noch Makulatur. Führende Sozialdemokraten, die bis dahin ihre wahre Meinung verschwiegen hatten, sagten nun ganz offen, wohin der neue Kurs der SPD gehen soll:

Oskar Lafontaine:

„Als SPD-Politiker heißt zunächst für mich die Maxime rot. Aber wenn rot nicht ausreicht, frage ich, wo sind meine Partner. Bei Raketen oder Kernenergie sehe ich im Moment außer den Grünen keinen Partner. Also muß ich versuchen, mit den Grünen eine tragfähige Mehrheit zu bilden.“ (Spiegel 6/1987)

Björn Engholm:

„Wo gibt es programmatische Übereinstimmungen? Wenn das mit den Grünen der Fall ist, dann wird man selbstverständlich auch mit ihnen kooperieren müssen, auch auf Bundesebene.“ (NDR II, „Frühkurier“, 26. Januar 1987)

Gerhard Schröder:

„Die SPD muß . . . künftig eine Koalitionsaussage treffen, die heißt: Wir wollen eine Mehrheit für uns, aber wenn wir sie nicht schaffen, sind wir gegenüber beiden kleinen Parteien — also auch den Grünen — koalitionsfähig . . . Das heißt, daß sie ein denkbarer Koalitionspartner sein müssen . . .“ (Abendzeitung, 27. Januar 1987)

Volker Hauff:

„Ich habe keine Berührungsängste vor den Grünen, ein striktes Nein ist falsch. Wir haben es den Grünen vor dieser Wahl zu leicht gemacht, weil unsere Ablehnung ihnen

die innerparteiliche Auseinandersetzung über eine mögliche Zusammenarbeit mit der SPD erspart hat.“ (Frankfurter Rundschau, 28. Januar 1987)

Der „Vorwärts“ stellt eher beiläufig fest:

„Für die SPD stellt sich gar nicht mehr die Frage, ob sie mit den Grünen zusammenarbeiten kann oder darf. Es geht nur noch um das Wie.“ (Vorwärts, 31. Januar 1987, S. 17)

Die SPD gab nach der Bundestagswahl zu, daß die Absage an die Grünen nichts anderes als vernebelnde Wahltaktik gewesen war:

„Die SPD hatte eine Zusammenarbeit mit den Grünen nur für diese Bundestagswahl abgelehnt. Jetzt gilt die grundsätzliche Feststellung: In einer Demokratie muß jede politische Gruppe mit jeder grundsätzlich koalitionsfähig sein.“ (Friedhelm Farthmann, Bild am Sonntag, 1. Februar 1987)

Oskar Lafontaine: der Garant für rot-grün

Die Öffnung der SPD zu den Grünen wird nicht nur durch die Äußerungen führender Sozialdemokraten belegt, sondern vor allem auch durch die Art und Weise, wie die Diskussion um die Nachfolge von Brandt im Parteivorsitz geführt wird. Ganz offensichtlich ist der Versuch, in der innerparteilichen Diskussion den Kandidaten der Linken, Oskar Lafontaine, als neuen Vorsitzenden durchzusetzen.

Lafontaine erscheint als der geeignete Kandidat, da er schon früh und ungeschminkt eine politische Zusammenarbeit mit den Grünen befürwortet hatte:

- „Warum soll ich nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die in vielen Fragen meiner Meinung sind?“ (Der Spiegel, 35/1986)
- „Da es zur Zeit nicht danach aussieht, als könne die SPD allein die notwendige Mehrheit zur Ablösung der Bundesregierung erreichen, muß sie eine Zusammenarbeit mit den Grünen als Möglichkeit ins Auge fassen.“ (Der andere Fortschritt, Hamburg 1985, S. 197f.)

Lafontaines Chancen stehen gut:

- „Ich kenne gegenwärtig keine bessere — ich sage einmal potentielle Bewerbung als die von Oskar Lafontaine.“ (Björn Engholm, DFS, „Tagesschau“, 26. Januar 1987)
- Frage: Gehe ich recht in der Annahme, daß Sie Lafontaine meinen als Nachfolger von Brandt?

Antwort: „Ich finde ihn gut, und ich glaube, er kann Dampf in unseren Laden bringen. Und das brauchen wir.“ (Gerhard Schröder, ZDF, „Heute-Journal“, 2. Februar 1987)

Der „Vorwärts“ berichtete, Lafontaine habe „endgültig seinen Anspruch auf die Führung der SPD angemeldet“. (Vorwärts, 31. Januar 1987)

Selbst Raus Stellvertreter im Vorsitz der nordrhein-westfälischen SPD, Minister Zöpel, sprach sich offen für Lafontaine als Parteivorsitzenden und nächsten Kanzlerkandidaten aus:

„Ich bin sehr dezidiert der Auffassung, daß die nächste Bundestagswahl an führender Stelle von Sozialdemokraten bestritten werden muß, die inhaltlich die Linie des Nürnberger Parteitages erarbeitet haben und die der Generation der 40- bis 50jährigen angehören. Ich sehe einen ziemlich großen Konsens, daß an diesen Kriterien gemessen Oskar Lafontaine der Geeignete ist. Dies alles ist jetzt kurzfristig mit der Frage des Parteivorsitzes verknüpft. Ich halte ihn auch dafür für geeignet.“ (Süddeutsche Zeitung, 4. Februar 1987)

Selten zuvor hat die SPD einen ihrer Politiker, der kurz zuvor noch ihr Spitzenkandidat für die Bundestagswahl und aussichtsreicher Kandidat für die Wahl zum Parteivorsitzenden gewesen war, so schonungslos abgehalftert. Politisch bedeutsam an diesem Vorgang ist die Tatsache, daß mit Lafontaine ein Vertreter des linken Flügels die Führung übernehmen würde. **Mit der Demontage von Rau hat die SPD die politische Mitte endgültig preisgegeben.** Rau hat dies einmal als „*„Strickmuster Brandt“*“ bezeichnet: „*Zwei links, keinen rechts, einen fallen lassen.*“ (Bild, 14. November 1986) Der Linksruck der SPD wird nun auch personell vollzogen; die SPD befindet sich auf einem „neuen Weg“: „*Die Partei formiert sich derzeit neu.*“ (Oskar Lafontaine, Stern 7/1987) Die Jusos fordern: „*Weg von der Schmidt-SPD und vom Godesberger Programm!*“ (Michael Guggenmos, Juso-Vorsitzender, zitiert nach Die Welt, 9. Februar 1987)

Lafontaine als grüne Speerspitze in der SPD

Mit Lafontaine als neuem Parteivorsitzenden wäre die SPD auch personell gerüstet für eine politische Zusammenarbeit mit den Grünen. Er kommt in seinen politischen Vorstellungen den Grünen sehr nahe:

- „*In den existentiellen Fragen wie Kernenergie und atomare Rüstung kann ich keine großen Unterschiede zu den Positionen der Grünen erkennen.*“ (Nürnberger Nachrichten, 10. Oktober 1986)
- „*Es gibt zwei entscheidende Themen: die Mittelstreckenraketen und die Kernenergie. Ich sehe hier keine großen Unterschiede zwischen der SPD und einem großen Teil der Grünen.*“ (Spiegel 6/1987)

Die Grünen fordern die „*Stillegung aller Atomkraftwerke*“ (Bundeswahlprogramm 87). Lafontaine vertritt dieselbe Auffassung:

„*Wir müssen sofort mit dem Ausstieg (aus der Kernenergie) beginnen... Wenn wir eine rot-grüne Mehrheit nutzen können, um den Ausstieg konkret werden zu lassen, klar, nichts wie ran.*“ (Spiegel 6/1987)

Lafontaine hat bereits ganz konkrete Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit den Grünen:

„*Wenn wir zusammen die Mehrheit haben, ändern wir das Atomgesetz, das Energiewirtschaftsgesetz, die Bundestarifordnung Elektrizität.*“ (Spiegel 6/1987)

Die Grünen wollen „*eine wachstumsunabhängige Politik*“, die „*die industrielldomänen Wirtschaftsweise schrittweise überwindet*“ (Umbauprogramm). Auch Lafontaine zielt in die gleiche Richtung:

„Es muß eine Wirtschaftsordnung gefunden werden, die nicht in erster Linie auf die Vermehrung der produzierten Waren, Güter und Dienstleistungen zielt. Sonst ist jedes Bekenntnis zum Umweltschutz widersinnig.“ (Stern 7/1987)

Die Grünen fordern „den endgültigen Verzicht auf alle Gebietsansprüche und Wieder- oder Neuvereinigungsoptionen“. (Bundeswahlprogramm 87) Auch hier kann Lafontaine mithalten:

„Das Beharren auf Rechtspositionen allein hat wenig Zukunft.“ (Zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, Stern 7/1987)

Die Grünen fordern: „Raus aus der NATO“. (Bundeswahlprogramm 87) Lafontaine spricht von „Bedingungen, zu denen eine Mitgliedschaft in der NATO nicht mehr tragbar ist“. (Zitiert nach Frankfurter Rundschau, Oster-Beilage 1983) Hans-Jürgen Wischnewski gibt ganz offen zu: Lafontaine „will die Bundeswehr aus der militärischen Integration des Bündnisses herauslösen“. (ZDF, „Bonner Perspektiven“, 1. Februar 1987)

Auch in den Ländern: SPD auf rot-grünem Kurs

Die hastige Öffnung der SPD zu den Grünen nach der Bundestagswahl geschah vor allem im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen. In den Bundesländern setzt die SPD voll auf rot-grüne Bündnisse. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel begrüßt die Öffnung der SPD zu den Grünen in den Ländern: „Diese Überlegungen und Entscheidungen, die auf Länderebene getroffen werden, ... (stellen) für uns kein Problem dar.“ (ZDF, „Bonner Perspektiven“, 8. Februar 1987)

Nordrhein-Westfalen

Rau bleibt sich treu und für alles offen. Er hatte schon immer betont, daß er eine politische Zusammenarbeit mit den Grünen auf Landesebene für möglich halte:

„Ich bin der Meinung, daß man mit Grünen, die ja sehr unterschiedlich sind, auf lokaler und regionaler Ebene unter Umständen zusammenarbeiten kann; Hessen zeigt das ja auch.“ (RTL, „Nachgefragt: Politik aus erster Hand“, 22. Juni 1986)

Nach der Bundestagswahl erklärte Rau:

„Es müssen alle Parteien untereinander koalitionsfähig sein ... Es gibt kein Blockdenken in der Bundesrepublik.“ (Die Welt, 31. Januar 1987)

Folgerichtig sprach sich Rau für eine „lokale und regionale Kooperation mit den Grünen“ aus. (a. a. O.) Lokale Bündnisse zwischen SPD und Grünen bestehen zum Beispiel in den nordrhein-westfälischen Großstädten Düsseldorf, Wuppertal und Bielefeld. Raus Stellvertreter im Vorsitz der Landes-SPD hat ebenfalls ein Zusammengehen mit den Grünen empfohlen:

„Das Bundestagswahlergebnis hat gezeigt, daß auf absehbare Zeit auf Bundesebene und in den meisten Ländern eine Regierungsfähigkeit der SPD ohne Partner nicht möglich ist.“ (Christoph Zöpel, Süddeutsche Zeitung, 4. Februar 1987)

Hessen

In Hessen ist die Koalition von SPD und Grünen gescheitert. Die hessische Landesregierung ist handlungsunfähig geworden. Das Beispiel Hessen macht die Abhängigkeit jeder rot-grünen Koalition von spontanen Wochenend-Beschlüssen der grünen Basis deutlich. Rot-grüne Koalitionen sind eine dauernde Gefahr für die politische Stabilität.

Gleichwohl wird die hessische SPD aus den Erfahrungen der Vergangenheit keine Lehren ziehen. Sie hat sich auf die Grünen als Koalitionspartner festgelegt, weil sie auf die Grünen als Mehrheitsbeschaffer angewiesen ist. Der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hessen-Süd, Willi Görlach, über die Grünen: „Wenn halt nur die Grünen bereit sind, dann sage ich, läßt es uns gemeinsam machen! . . . Die Grünen in Hessen sind ein ganz ordentlicher Partner.“ (Der Spiegel 19/1986)

Staatssekretär Jörg Jordan, Mitglied des SPD-Landesvorstandes: „Weil die rot-grüne Koalitionsregierung in Hessen nicht das Ergebnis basisferner Mauscheleien, sondern tiefgreifender Entwicklungsprozesse in beiden Parteien ist, liegt die historische Dimension auf der Hand.“ (Für eine Mehrheit links von der CDU, hrsg. von J. Harrer, Köln 1986, S. 254)

Börner ist das markanteste Beispiel für eine SPD, die um der Macht willen alle politisch-inhaltlichen Bedenken gegenüber den Grünen beiseite schiebt. Vor der Landtagswahl sagte Börner: „Die Grünen halte ich schlicht für politikunfähig“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. September 1982). Diese Einschätzung hielt ihn aber nicht davon ab, die Grünen in sein Kabinett zu berufen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Hessischen Landtag sagte über die Grünen: „Wenn ich überlege, mit welcher Fraktion im Landtag ich das Höchstmaß sozialdemokratischer Politik durchsetzen kann, . . . dann muß ich zunächst einmal davon ausgehen, daß ich sehr viele Parallelen mit den Grünen sehe.“ (Plenarprotokoll, 14. Dezember 1983)

In Hessen stehen Neuwahlen an. Wird die SPD den Wählern erneut vorgaukeln, sie werde nicht mit den Grünen zusammengehen?

„Wir kämpfen darum, hier in Hessen weiter sozialdemokratisch zu regieren . . . Wenn dazu eine Koalition notwendig ist, dann sind auch die Grünen — ich betone: auch die Grünen — Gesprächspartner. Und daß wir einen Vorrat an Gemeinsamkeiten haben, das haben wir bewiesen.“ (Hans Krollmann, DLF, „Informationen am Mittag“, 10. Februar 1987)

Schleswig-Holstein

Der Spitzenkandidat der SPD, Björn Engholm, hat bereits deutlich ausgesprochen, daß er ein politisches Bündnis mit den Grünen sucht:

- „Ich habe nichts dagegen, wenn auch die Grünen bereit sind, mich zum Ministerpräsidenten zu wählen.“ (Bild, 7. Februar 1987)
- „Wie die Zusammenarbeit organisiert wird — ob auf Regierungsebene wie in Hessen, ob auf parlamentarischer Ebene, wie wir es in Schleswig-Holstein für denkbar halten —, dafür gibt es kein Patentrezept . . . Wir werden selbstverständlich mit den Grünen kooperieren.“ (Stuttgarter Nachrichten, 7. Februar 1987)

Rheinland-Pfalz

Der SPD-Landesvorsitzende Rudolf Scharping gab bekannt, er werde sich auch von den Grünen zum Ministerpräsidenten wählen lassen. (Die Welt, 5. Februar 1987) Er betonte, man müsse mit den Grünen „auch so reden wie mit den anderen“. (Die Rheinpfalz, 29. Januar 1987) Auch SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz empfahl für Rheinland-Pfalz eine rot-grüne Koalition. (Kölnische Rundschau, 2. Februar 1987) Der rheinland-pfälzische Vorsitzende der Jungsozialisten, Walter Usinger, schloß eine Koalition der SPD mit FDP oder CDU aus, sprach aber von einer „möglichen Zusammenarbeit mit den Grünen“. (Irs 14, 1. Februar 1987)

Hamburg

In Hamburg erklärte Bürgermeister von Dohnanyi nach der für die SPD verlorenen Bürgerschaftswahl, „daß die dritte Kraft in der Bürgerschaft, die GAL, sich durch ein undurchführbares und in Teilen auch unverantwortliches Programm sowie durch verwischte Grenzen zur Gewalt . . . als berechenbare Partei selbst ausgeschaltet hat. Ein Bündnis mit der GAL kommt deshalb für die SPD nicht in Frage.“ (Zitiert nach Staatliche Pressestelle Hamburg, Wochendienst Nr. 47, 21. November 1986).

Die Praxis sieht — allen Beteuerungen zum Trotz — allerdings anders aus: In Bezirken arbeiten SPD und GAL bereits eng zusammen. So haben sie zum Beispiel im Bezirk Eimsbüttel gemeinsam eine Bezirksamtsleiterin gewählt. (Süddeutsche Zeitung, 9. Februar 1987)

Die Hamburger Jusos drängen inzwischen:

„Nur eine rot-grüne Zusammenarbeit kommt in Betracht. Wir werden Druck machen, um eine Neuauflage der sozial-liberalen Koalition zu verhindern.“
(Juso-Landesvorstand Hamburg, zitiert nach Bild, 8. November 1986)

Den Grünen, die sich „mit aller Entschiedenheit“ (Wahlprogramm) gegen das Fernhalten von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst wenden, kam die SPD auch in einer anderen Personalentscheidung entgegen: Drei Lehrer, die in den siebziger Jahren wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft nicht übernommen worden waren, wurden jetzt in Hamburg als Beamte auf Lebenszeit eingestellt. (Kölner Stadt-Anzeiger, 30. Januar 1987)